

Wolfgang Sander

Didaktische Perspektiven einer europabezogenen politischen Bildung

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, in welchem Sinne die „europäische Perspektive“, von der im Sektionsthema — „Politische Bildung in europäischer Perspektive“ — die Rede ist, in Theorie und Praxis der politischen Bildung zur Geltung gebracht werden kann. Mit Bedacht ist in der Formulierung meines Themas von den didaktischen Perspektiven einer *europabezogenen* politischen Bildung die Rede und nicht von Europa als Unterrichtsthema. Mit dem Wort „europabezogen“ ist offenbar mehr gemeint als Erörterung eines von vielen Lerngegenständen. Zugleich bündeln sich in diesem Wort eine Vielzahl von Problemen, die ich in diesem Beitrag vielleicht ansprechen, keinesfalls aber in der erforderlichen Breite erörtern kann.

1. Der Anachronismus einer nationalstaatlich orientierten politischen Bildung

Die Grundthese, die ich im folgenden erläutern und zur Diskussion stellen möchte, lautet: Angesichts der realen politischen Entwicklungen in Europa seit 1945 ist die Fixierung der politischen Bildung auf den politischen Kontext des Nationalstaates anachronistisch geworden. Das nationalstaatliche Paradigma in der politischen Bildung muß durch ihre Europäisierung überwunden werden.

Die politische Bildung in der Schule ist bekanntlich ein Kind des modernen Territorialstaates, der sich dann im 19. Jahrhundert als Nationalstaat ausformte.¹ Mit der Durchsetzung des Nationalstaates wurde dieser zum scheinbar selbstverständlichen Bezugspunkt für die politische Bildung. Wilhelm II. wollte die Schule an vorderster Front sehen bei der Durchsetzung einer nationalstaatlich geprägten Identität der Deutschen, und just dafür brauchte er u.a. die staatsbürgerliche Erziehung. 1890 klagte der Kaiser vor einer preußischen Schulkonferenz über zentrifugale Tendenzen im neu gegründeten Deutschen Reich und forderte, die Schule müsse der Jugend klarmachen, „daß das neue

Staatswesen dazu da wäre, um erhalten zu werden“. In der Schule fehle es, so Wilhelm, an der „nationalen Basis“; ihre Grundlage müsse „das Deutsche“, „das Nationale“ werden.² Dies ist, aufs Ganze gesehen, in den dann folgenden 50 Jahren gründlich gelungen. Faktisch war die Staatsbürgerkunde, die Anfang dieses Jahrhunderts langsam Eingang in die Schule fand, eine National-Staatsbürgerkunde. Dies ist keine deutsche Besonderheit. Auch in anderen europäischen Ländern läßt sich beobachten, daß mit der Organisation des Politischen in der Form des modernen Nationalstaates Nation und Nationalstaat zum quasi selbstverständlichen Bezugsrahmen für Inhalte und Ziele politischer Erziehung in der Schule wurden.

Nun habe ich in meiner Grundthese eingangs davon gesprochen, daß dieses nationalstaatliche Paradigma politischer Bildung heute anachronistisch geworden ist. Dies mag auf den ersten Blick angesichts der neuen nationalen Bewegungen in Osteuropa vielleicht überraschen; ich bin freilich davon überzeugt, daß dieser neue Nationalismus — der ja in Wirklichkeit ein alter, durch die kommunistische Parteiherrschaft lediglich überdeckter Nationalismus ist — am historischen Veralten des Nationalstaats in Europa letztlich nichts ändern kann. Es kann nicht übersehen werden, daß der Wunsch nach nationaler Eigenständigkeit in Osteuropa in einer spannungsvollen Weise gekoppelt ist mit dem Wunsch nach Einbindung in die übernationalen politischen Strukturen in Westeuropa, konkret: in die NATO, den Europarat und die Europäische Gemeinschaft. Vor allem von der Europäischen Gemeinschaft geht in Osteuropa eine geradezu magnetische Anziehungskraft aus.

Tatsächlich ist es in erster Linie die Europäische Gemeinschaft, ihre Geschichte nach 1945 und ihre absehbare Weiterentwicklung in den kommenden Jahren, die den Nationalstaat in Europa trotz seines faktischen Fortbestehens als eine historisch veraltete Organisationsform des Politischen erscheinen läßt. Die Entwicklung der EG in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten hat in der politischen Praxis zu einem erheblichen Souveränitätsverlust der Mitgliedstaaten geführt, zu einer schleichenden, für viele Menschen fast unmerklichen Auslöschung nationalstaatlicher Kompetenzen. In wichtigen Politikbereichen nimmt die EG Zuständigkeiten wahr, die traditionell nur Staaten zustehen. Nach einer Schätzung des Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, werden nach der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes 80 % der wichtigen wirtschaftspolitischen, monetären und sozialpolitischen Entscheidungen auf EG-Ebene getroffen werden. Man mag über diese Prozentzahl im einzelnen streiten, aber Tatsache ist, daß schon heute — von der Öffentlichkeit kaum registriert — ein ganz erheblicher Teil der Gesetze, die den Deutschen Bundestag passieren, nicht anderes sind als Umsetzungen von verbindlichen EG-Richtlinien in nationales Recht. Die Umsetzung des Maastrichter Vertrages über die Europäische Union läßt weitere Souveränitätsverluste der Nationalstaaten innerhalb der Gemeinschaft in naher Zukunft erwarten.

Politik und Wirtschaft, aber auch Kultur und Gesellschaft befinden sich in Westeuropa in einem dynamischen Prozeß der Europäisierung. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind wir auf dem Wege zu einer europäischen Gesellschaft mit einem integrierten Wirtschaftsraum und übernationalen politischen Strukturen.

In der Praxis der politischen Bildung in der Bundesrepublik spiegelt sich diese Entwicklung jedoch nur sehr begrenzt wider. Geht man von Lehrplänen und Schulbüchern als Indikatoren für das Profil des Faches aus, so kann man für den Stand Ende der achtziger / Anfang der neunziger Jahre zwar eine generelle Tendenz feststellen, daß Europapolitik im Vergleich zur Situation zu Beginn der achtziger Jahre etwas stärker berücksichtigt wird. Gleichwohl sind schwerwiegende Defizite nicht zu übersehen. Ich nenne hierzu stichwortartig für die Sekundarstufe I einige Befunde:

Ende 1989 war in der Bundesrepublik kein Lehrplan in Kraft, in dem die für Ende 1992 geplante Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes in der EG als Themenstichwort auftaucht.³ Auch in der KMK-Empfehlung „Europa im Unterricht“ vom März 1991 wird dieses Datum nicht erwähnt. Ähnliches gilt für Schulbücher. In den sechs Schulbüchern für den Politikunterricht, die im Schuljahr 1990/91 in mindestens sechs westdeutschen Bundesländern zugelassen waren und die von daher als die wahrscheinlich verbreitetsten gelten können, taucht das Stichwort „Europa 1992“ nicht auf. Der quantitative Anteil europapolitischer Themen bewegt sich in diesen Büchern zwischen 0,39 und 7,05 %, nur zwei dieser sechs Unterrichtswerke enthalten ein eigenes Kapitel zur Europapolitik.⁴

Generell läßt sich sagen, daß Europapolitik noch immer ein eher marginales Thema in der Praxis der politischen Bildung zu sein scheint, daß aber jedenfalls die Gewichtung europapolitischer Fragen in Lehrplänen und Schulbüchern nicht der tatsächlichen Bedeutung der europäischen Ebene in der politischen Realität entspricht.⁵

Eine qualitative Betrachtung europäischer Themen in Schulbüchern unterstreicht diese Defizite noch.⁶ Die europäische Perspektive erscheint eher als Anhängsel denn als durchgängige Frage- und Blickrichtung. Europapolitische Themen stehen in der Regel unvermittelt neben den anderen Themen des Politikunterrichts, ohne deren inhaltliche Struktur zu berühren. Zugespißt formuliert: Der Politikunterricht behandelt zunächst ausführlich Standardthemenbereiche wie Demokratie, Gesellschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik oder Umweltpolitik allein im nationalen Kontext und schiebt dann in der 9. oder 10. Klasse eine Unterrichtseinheit „Europa“ nach. Da für diese Unterrichtseinheit obendrein nur wenig Zeit vorgesehen ist, bleibt es dann häufig bei einem institutionenkundlich verkürzten, traditionell lehrgangsmäßigen Durchgang durch das Thema unter Vernachlässigung bewährter didaktischer Prinzipien wie Schülerorientierung und exemplarisches Lernen.

2. Europäisierung der politischen Bildung

Wo kann nun angesetzt werden, um diesen Defiziten zu begegnen? Was soll unter einer „europabezogenen“ politischen Bildung verstanden werden, mit der der fortschreitenden Europäisierung unserer Lebensbezüge Rechnung zu tragen wäre? Meine zu Beginn vorgetragene Grundthese besagt, daß es nicht nur um einige Unterrichtsstunden oder einige Schulbuchseiten mehr für Europa gehen kann. Es geht vielmehr um eine Überprüfung des Selbstverständnisses der politischen Bildung angesichts einer historisch zu nennenden Veränderung in der politischen Realität, es geht wie eingangs formuliert, um die definitive Überwindung des nationalstaatlichen Paradigmas in der politischen Bildung durch ihre *Europäisierung*.⁷ Von einer solchen Europäisierung ist die politische Bildung auf drei Ebenen betroffen:

- auf der Ebene ihrer normativen Grundlagen und ihrer Ziele;
- auf der Ebene der Lerninhalte;
- schließlich auf der Ebene der Schule als Lebens- und Erfahrungsraum.

Ich möchte nun im folgenden in einem ersten Schritt auf diesen drei Ebenen erläutern, was Europäisierung politischer Bildung bedeuten könnte. Im zweiten Schritt werde ich an Beispielen auf mögliche didaktisch-methodische Zugänge zu europapolitischen Problemen hinweisen. Abschließend möchte ich dann sehr knapp bildungspolitische Konsequenzen andeuten.

Zunächst also zu den genannten drei Ebenen, und hierbei zuerst zur Ebene der normativen Grundlagen und der Ziele politischer Bildung. Walter Gagel hat kürzlich die Geschichte der politischen Bildung in Westdeutschland seit 1945 als von einer fundamentalen „Westorientierung“ geprägt beschrieben. Unter „Westorientierung“ versteht Gagel keine Abkehr vom Osten und keine geopolitische Orientierung, sondern die Abkehr vom deutschen Sonderweg und von einem deutschen Sonderbewußtsein, die die deutsche Politik und Kultur vom 19. Jahrhundert bis 1945 geprägt hatten. Westorientierung, so Gagel, „ist die Besinnung auf die europäische Tradition seit der Aufklärung und damit auch auf die deutsche seit Kant und Lessing.“⁸

Wenn ich Gagel richtig verstehe, meint er mit Westorientierung der politischen Bildung genau das, was Europäisierung auf der Ebene ihrer normativen Grundlagen zu heißen hätte. Es geht um die bewußte normative Orientierung der politischen Bildung an ihrer spezifisch europäischen geistesgeschichtlichen Tradition. Gagel hat für die politische Bildung als Ertrag dieser Tradition die Orientierung an einem naturrechtlichen Verständnis der Menschenrechte, an der Legitimität von Konflikten, am angelsächsischen Verfassungsverständnis und am Konzept des Sozialstaats genannt. Noch etwas allgemeiner ließen sich mit dem französischen Autor Edgar Morin als fundamentale Merkmale

europäischen Denkens eine Kultur der „Dialogik“, des befruchtenden Aufeinandertreffens von Gegensätzen, und der Begriff der Vernunft definieren.⁹ Auch aus diesem Verständnis europäischer Tradition ließen sich Konsequenzen für politische Bildung ziehen: In der jungen Generation einen von Vernunft geprägten Umgang mit den politischen und kulturellen Gegensätzen unserer Epoche zu entwickeln, könnte vielleicht eine in Europa akzeptable Zielvorstellung für politische Bildung sein.

In subjektiver Perspektive heißt dies nichts anderes als die Fähigkeit zur Mündigkeit. Erziehung zur Mündigkeit, oder in unserem Fall besser: zur politischen Mündigkeit, ist nun in der westdeutschen Politikdidaktik nicht gerade eine neue Forderung. Tatsächlich scheint mir auf der Ebene der normativen Orientierung die Europäisierung der politischen Bildung am weitesten fortgeschritten zu sein. Nennenswerte Ansätze zu einem nationalen Sonderwegdenken gibt es in der deutschen Politikdidaktik nicht mehr. Dennoch bleibt auf dieser Ebene Europäisierung der politischen Bildung in Deutschland schon deshalb auch künftig eine Aufgabe, weil die Menschen in den neuen Bundesländern den „Heimweg nach Europa“, den von Krockow für die alte Bundesrepublik reklamiert hat, in den letzten vier Jahrzehnten nicht gehen konnten.

Bei der Übersetzung dieser allgemeinen Leitidee in konkretere Lernziele politischer Bildung wird freilich nach meinem Eindruck noch längst nicht deutlich genug gesehen, daß die Schüler nicht nur als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik aufwachsen. Politische Bildung muß den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, eine Identität als Europäer zu entwickeln, im Sinne einer Teil-Identität neben ihren personalen, regionalen, nationalen, globalen und anderen Teil-Identitäten. Durchaus treffend formuliert hier die KMK-Empfehlung „Europa im Unterricht“: „Ziel pädagogischer Arbeit muß es sein, in den jungen Menschen das Bewußtsein einer europäischen Identität zu wecken. Hierzu gehört auch die Vorbereitung der jungen Menschen darauf, ihre Aufgaben als Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen.“¹⁰

Dies kann selbstverständlich nicht heißen, daß politische Bildung nun im Sinne einer EG-Staatsbürgerkunde unkritisch für den westeuropäischen Integrationsprozeß zu werben und als Agentur für Legitimationsbeschaffung zu dienen hätte. Dies wäre mit der Leitidee der politischen Mündigkeit unvereinbar. Politische Bildung muß aber den europäischen Integrationsprozeß reflexiv begleiten und ihn den Schülerinnen und Schülern für deren selbständige politische Urteilsbildung erschließen.

Dies kann die politische Bildung jedoch nur dann tun, wenn sie den europäischen Integrationsprozeß in seiner ganzen Tragweite zur Kenntnis nimmt. Damit bin ich bei der zweiten Ebene von Europäisierung politischer Bildung, bei ihren Lerninhalten.

Auf dieser Ebene nun dürften tiefgreifende Veränderungen im Profil der politischen Bildung unumgänglich sein. Die bloß additive, die sonstigen Themen

des Politikunterrichts nur ergänzende Behandlung der Europapolitik kann der Bedeutung europäischer Politik nicht angemessen Rechnung tragen. Die Frage nach der künftigen politischen Gestalt Europas gehört zu den Schlüsselproblemen unserer Zeit, mit anderen Worten: Die heutige politische Realität ist ohne die Auseinandersetzung mit diesem Problem nicht verstehbar.¹¹ Es gibt kaum noch einen Politikbereich, der von dieser Frage nicht berührt wäre. Für den Politikunterricht heißt dies: Die meisten seiner Standardthemenbereiche lassen sich ohne die durchgängige Berücksichtigung ihrer europapolitischen Aspekte heute nicht mehr sachgerecht unterrichten.

Hierzu in Stichworten einige Beispiele: Das politische System der Bundesrepublik läßt sich sachgerecht nicht behandeln, wenn für die Schülerinnen und Schüler nicht erkennbar wird, daß EG-Recht Bundesrecht bricht und welche demokratietheoretischen Probleme angesichts der politischen Struktur der EG damit aufgeworfen sind. Für das Thema Mitbestimmung werden künftig die Vorschriften und Spielräume eines EG-Gesellschaftsrechts als entscheidende Rahmendaten gelten müssen. Bei der Behandlung umweltpolitischer Fragen müssen Entscheidungsstrukturen, Interessenkonflikte und politische Kompetenzen nicht nur im nationalen Rahmen, sondern EG-weit erörtert werden. Soziale Ungleichheit ist spätestens ab dem gemeinsamen Binnenmarkt als Problem einer europäischen und nicht nur der deutschen Gesellschaft erkennbar. Lösungen für das Einwanderungsproblem werden sich in einer Europäischen Gemeinschaft ohne Binnengrenzen nicht mehr im nationalen Rahmen finden lassen.

Bewußt habe ich mit diesen Beispielen von Europäisierung auf der Ebene der Lerninhalte immer mit Bezug auf die Europäische Gemeinschaft gesprochen. Diese Prioritätensetzung dürfte angesichts der realpolitischen Entwicklung gerade in der allerjüngsten Zeit unumgänglich sein. Dies heißt nicht, daß etwa die Probleme Osteuropas oder andere politische Kontexte für europäische Politik wie die KSZE oder der Europarat nicht in den Politikunterricht gehörten, im Gegenteil. Aber es kann nicht übersehen werden, daß die EG der derzeit einzig denkbare Rahmen für eine gesamteuropäische Integrationspolitik ist. Dies wird am Niedergang der EFTA ebenso deutlich wie am erklärten Beitrittswillen der jungen osteuropäischen Demokratien. Auch die Probleme Osteuropas werden deshalb in der politischen Bildung ohne den Bezug zu einer möglichen EG-Integration nicht diskutierbar sein.

Europäisierung der Lerninhalte politischer Bildung heißt also: Identifizierung und Herausarbeiten von europäischen Bezügen bei potentiell allen Lerninhalten, oder mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft: durchgängige Beachtung der EG als vierter Ebene von Politik neben Kommunal-, Landes- und Bundesrepublik.

Europäisierung der Lerninhalte müßte darüber hinaus aber außerdem bedeuten, daß die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel auch mit Blick auf Interes-

senlagen und Traditionen in anderen europäischen Ländern eingeübt wird. Beim Thema Demokratie wäre also im politischen Unterricht nicht nur über das Demokratiemodell des Grundgesetzes und über die deutsche Tradition zum Thema zu sprechen, sondern beispielsweise das britische System vergleichend zu betrachten; beim Thema Mitbestimmung wäre etwa auch die Stimme eines französischen Gewerkschafters zu hören, beim Thema Umweltpolitik die eines italienischen Bürgermeisters aus einer Tourismusregion, usw. Ob es wirklich nur ein Sprachproblem ist, wenn in deutschen Materialsammlungen und Schulbüchern in der Regel nicht aus ausländischen Publikationen zitiert wird? Hier läge eine Aufgabe für Schulbuchverlage wie für die Institutionen der Lehrerfortbildung, die ja vielfach umfangreiche Materialsammlungen bereitstellen, und hier wäre auch ein Feld für die fächerübergreifende Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen, die Fremdsprachen unterrichten.

Auf der dritten Ebene, die ich genannt habe, der der Schule als Lebens- und Erfahrungsraum, möchte ich unter Europäisierung den bewußten Umgang mit und die Förderung von Erfahrungsmöglichkeiten im Bereich europäischen Zusammenlebens verstehen. Dies betrifft zum einen Aspekte multikulturellen Zusammenlebens innerhalb der Schule, zum anderen die gezielte Entwicklung von regelmäßigen Kontakten sowie Kooperations- und Austauschbeziehungen ins europäische Ausland. Ich halte es für dringend wünschenswert, daß jede Schule Partnerschaftsbeziehungen zu einer Schule in einem anderen europäischen Land unterhält. Die Partnerschaftsbeziehungen, die zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen ja vielfach bestehen, dürften hierfür häufig einen geeigneten Rahmen abgeben, der besser genutzt werden könnte.

3. Didaktisch-methodische Zugänge zu europapolitischen Themen

Die Antwort auf die Frage, mit welchen didaktisch-methodischen Zugängen europapolitische Fragen und Probleme im Unterricht adäquat erschlossen werden können, ist einfach: mit denen, die sich für eine demokratische politische Bildung bei anderen Themen vielfach bewährt haben. Daß ich diese Frage hier überhaupt aufwerfe, erklärt sich aus meinem bereits angedeuteten Eindruck, daß in der Praxis der politischen Bildung die didaktische Phantasie bei europapolitischen Themen besonders schnell zu Ende zu sein scheint. Es besteht offenbar bei Lehrern ebenso wie bei Lehrplan- und Schulbuchautoren eine verbreitete Neigung, angesichts der unbestreitbaren Komplexität des Themenbereichs Europapolitik durch den Rückzug auf den klassischen lehrgangsmäßigen Unterricht und auf Institutionenkunde didaktisch zu resignieren.

Abgesehen von den pädagogisch-didaktischen Möglichkeiten, die sich aus der angedeuteten Europäisierung des Schullebens ergeben können, gibt es wohl keine für die Europathematik spezifischen didaktisch methodischen Zu-

gänge. Worauf es ankommt, ist, bewährte didaktische Prinzipien auch bei der Erschließung der Grundfragen europäischer Politik anzuwenden. Ich möchte hierfür zwei Beispiele nennen:

1. Im Mai 1991 ging eine kleine Meldung durch die Presse, daß die EG-Kommission den europäischen Fußballbund UEFA unter Androhung einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gezwungen hat, mehr ausländische Spieler in den obersten Spielklassen zuzulassen.¹² Die EG-Kommission begründete ihre Forderung mit der freien Wahl des Arbeitsplatzes im angestrebten gemeinsamen Binnenmarkt.

Eine solche Meldung könnte zum Ausgangspunkt einer Fallstudie werden. So kann anhand einer entsprechenden Zeitungsnotiz etwa gefragt werden: Wie kommt die EG-Kommission dazu, unseren Bundesligavereinen Vorschriften zu machen? Wer ist das überhaupt, welche Rechte hat sie? Was ist der Europäische Gerichtshof, wer kann dort klagen, für wen gelten seine Urteile? Was heißt „gemeinsamer Binnenmarkt“ und was hat Fußball damit zu tun? Sind die Schülerinnen und Schüler in ihrem künftigen Berufsleben möglicherweise von der EG-weiten freien Wahl des Arbeitsplatzes betroffen und in welcher Weise? Es ist unschwer zu erkennen, daß Fragen dieser Art rasch auf Grundprobleme der westeuropäischen Integration führen.

Ähnlich geeignete Fallbeispiele für exemplarisches Lernen lassen sich leicht finden, man denke etwa an das Wurst- oder das Bierurteil des Europäischen Gerichtshofs oder an den Konflikt um die Einführung des Katalysators.¹³

2. Gerade bei dem scheinbar so weit entfernten Themenbereich Europapolitik bietet sich das Instrument der Erkundung an. Thema einer solchen Erkundung könnte etwa sein: „Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf unsere Stadt oder Region“. Nach einer knappen Vorinformation zu Vorgeschichte und Zielen der geplanten Vollendung des Binnenmarktes können Schüler/-innen vor Ort durch gezielte Befragungen und Materialsammlungen Erwartungen, Befürchtungen und Probleme herausarbeiten, die sich mit dem Binnenmarktprojekt der EG verbinden. Adressaten solcher Befragungen könnten beispielsweise sein: Unternehmer und Handwerker vor Ort, Betriebsräte, Gewerkschaften, Einzelhandel, Banken, Landwirte, Kommunalpolitik, das Arbeitsamt, Parteien, Natur- und Umweltschutzverbände, Verbraucherverbände. Denkbar sind natürlich auch Straßenbefragungen, deren Ergebnisse mit denen von Meinungsforschungsinstituten verglichen werden können. Die Ergebnisse einer solchen Erkundung können dann beispielsweise in eine Ausstellung oder in eine öffentliche Veranstaltung einfließen.

Ich hoffe, daß die beiden Beispiele zumindest andeuten konnte, daß ein methodisch variantenreicher, motivierender Unterricht auch zur Europapolitik möglich ist. Neben der Komplexität der Thematik scheint mir für die verbreiteten Schwierigkeiten mit dem Thema die Neigung verantwortlich zu sein, alle

wesentlichen Aspekte in *eine* Unterrichtseinheit packen zu wollen. Dies kann angesichts der faktischen Europäisierung zahlreicher Politikfelder nicht gelingen. Dem widerspricht nicht, daß auch eigene Unterrichtseinheiten zur Europapolitik notwendig sind; aber im Gesamtcurriculum der Schule sollten solche Unterrichtseinheiten oder Kurse den Charakter einer systematisierenden Zusammenfassung und Weiterführung von europapolitischen Aspekten bekommen, die in einer Vielzahl anderer Unterrichtseinheiten bereits angeklungen sind.

4. Bildungspolitische Konsequenzen

Es liegt in der Konsequenz der Europäisierung der politischen Bildung, daß wir in Fragen der politischen Bildung weitaus stärker als bisher zu übernationalen Gemeinsamkeiten in Europa kommen müssen.¹⁴ Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht nur aus dem Ziel der Förderung europäischer Identität im Bewußtsein von Schülerinnen und Schülern — die ja nicht in einem Lande allein gelingen kann —, sie ergibt sich auch ganz pragmatisch aus der EG-weiten Öffnung des Lehrerberbeitsmarktes. Nun wird sich dieses Problem sicher nicht durch die Übertragung der Zuständigkeiten für Bildungspolitik auf die EG-Organen lösen lassen. Notwendig erscheint mir aber der Ausbau der Infrastruktur der politischen Bildung in Europa und deren europaweite Vernetzung. Mit Vernetzung meine ich beispielsweise: In der Lehrerausbildung brauchen wir einen verstärkten europäischen Austausch von Gastdozenten; in der Lehrerfortbildung brauchen wir sehr viel mehr international besetzte Seminare und eine entschiedene Förderung der Institutionen, die diese Arbeit leisten; bei der Erarbeitung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien sollten mindestens von Fall zu Fall auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen europäischen Ländern herangezogen werden. Dies mag vielleicht angesichts der Probleme, die wir in Deutschland mit unseren bildungspolitischen Gartenzäunen haben, als verwegene Vorstellung erscheinen. Aber ich gehe davon aus, daß der Druck, der vom gemeinsamen Binnenmarkt ausgeht, noch manchen bildungspolitischen Gartenzaun öffnen wird. Wenn die politische Bildung in diesem Prozeß nicht noch stärker an den Rand gedrängt werden soll, wird sie auch für sich selbst eine europäische Identität entwickeln müssen. Eine europabezogene politische Bildung ist somit nicht nur aus sachlichen und didaktischen, sondern auch aus bildungspolitischen Gründen geboten, wenn die Erziehung zur Demokratie im künftigen Europa einen angemessenen Stellenwert in der Schule erhalten soll.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Geschichte der politischen Bildung in Deutschland Hans-Werner Kuhn / Peter Massing (Hrsg.): Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung — Stand — Perspektiven. 2. Auflage. Opladen 1993; Wolfgang Sander: Zur Geschichte und Theorie der politischen Bildung. Allgemeinbildung und fächerübergreifendes Lernen in der Schule. 2. Aufl., Marburg 1989, S. 11 - 121
- 2 Vgl. Sander, a.a.O., S. 43
- 3 Vgl. die Lehrplanübersicht bei Helmut Keim / Harald Kästner / Julius Wöppel: Die europäische Dimension in Unterricht und Schulpolitik. Hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule / Wirtschaft, Köln 1989
- 4 Vgl. Wolfgang Sander: Europa im Politikunterricht — Schulbücher, Lehrpläne, Unterrichtsmaterial. Studie für das Georg Eckert-Institut Braunschweig, 1991 (unveröffentlicht)
- 5 Eine stärkere Berücksichtigung scheint Europapolitik in einigen Lehrplänen zu bekommen, die 1991 / 92 in den neuen Bundesländern in Kraft gesetzt werden. Einschränkend muß jedoch zum einen hinzugefügt werden, daß es sich bei diesen Lehrplänen vermutlich zumeist um Übergangspläne handeln wird, und zum anderen, daß gerade beim Thema Europapolitik bei den ganz überwiegend von ihrer Ausbildung her notgedrungen fachfremd unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Ländern vielfach noch erhebliche fachliche Defizite bestehen — was angesichts der bildungspolitischen Übergangssituation den betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht anzulasten ist, sondern auf die Notwendigkeit von breit angelegten Fortbildungsprogrammen verweist.
- 6 Vgl. die in Anmerkung 4 erwähnte Studie.
- 7 Wenn ich richtig sehe, wurde der Begriff der „Europäisierung“ politischer Bildung erstmals von Kurt Gerhard Fischer gebraucht; vgl. Kurt Gerhard Fischer: Über die Möglichkeiten einer „Europäisierung“ der Politischen Bildung an Europas Schulen. In: Politische Didaktik, Probeheft, Stuttgart 1975. Vgl. hierzu ferner Bernd Janssen / Wolfgang Sander (Hrsg.): Europa in der Schule. Zur politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, in Dänemark, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Bonn 1986; Wolfgang W. Mickel: Lernfeld Europa. Didaktik zur europäischen Erziehung. Opladen 1991
- 8 Walter Gagel: Vereinigung: Ist gemeinsame politische Bildung möglich? In: Gegenwartskunde 1 / 1991, S. 59
- 9 Vgl. Edgar Morin: Europa denken. Frankfurt / M. 1988
- 10 Hier zit. nach Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 4 / 1991, S. 253
- 11 Das hier zugrunde liegende Verständnis vom fachlichen Profil des Politikunterricht kann hier nicht ausgeführt werden; vgl. dazu Sander 1989, a.a.O. (Anm. 2), S. 158 ff.
- 12 Vgl. Das Parlament vom 3. 5. 1991, S. 11
- 13 Vgl. zum letztgenannten Thema Günter Renner: Umweltschutz am Beispiel Rhein, am Beispiel Katalysator. Unterrichtsmaterial für die Sekundarstufe II. In: Europäische Themen im Unterricht. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 254, Bonn 1987
- 14 Vgl. zur aktuellen Situation den Sammelband Politische Bildung für Europa. Die europäische Dimension in der politischen Bildung der zwölf EG-Staaten. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, i.E.